

POSTULAT von Astrid Furrer (FDP, Wädenswil), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) und Nadja Galliker (FDP, Eglisau)

betreffend Für eine kostendeckende Finanzierung der Gerontopsychiatrie in Heimen

Der Regierungsrat wird gebeten darzulegen, wie ein zeitgemässes Vergütungssystem für die Pflege, Betreuung und Unterbringung von betagten pflegebedürftigen Psychatriepatienten, sogenannte gerontopsychiatrische Patienten, in der Langzeitpflege aussehen könnte, das die tatsächlichen Aufwendungen abdeckt.

Es ist insbesondere darzulegen, in welcher Form sich der Kanton finanziell an dieser Schnittstellenaufgabe von Gemeinden und Kanton beteiligen könnte.

Begründung:

Mit der neuen Pflegefinanzierung wurde die Langzeitpsychiatrie faktisch abgeschafft. Es wurde eine klare Zweiteilung der Verantwortung und Finanzierung geschaffen zwischen Kanton (Akut-)Psychiatrie, somatischen Spitälern und Rehabilitation) und Gemeinden (Langzeitpflege im Alter = «Heime»). Die Krankenkassen wenden denn auch zwei unterschiedliche Vergütungssysteme an.

Die gerontopsychiatrischen Patienten (darunter fallen Demenzpatienten nicht) fielen aber zwischen Stuhl und Bank. Weder sind laut Gesetz die Spitäler noch die Heime für betagte, pflegebedürftige Psychatriepatienten eindeutig zuständig: Die Kombination einer psychiatrische Hauptdiagnose wie Schizophrenie, Sucht, Depression und so weiter mit Pflegebedürftigkeit wurde mit der neuen Pflegefinanzierung nicht berücksichtigt. Die Psychatrien bringen diese Menschen nur in der Akutphase unter. Danach sind die Langzeitinstitutionen für sie zuständig. Die Heime können jedoch nur die Aufwendungen für die körperliche Pflege abrechnen, nicht jene für die psychiatrische. Die Gerontopsychiatrie ist deshalb finanziell stark unterdeckt.

Folglich fehlt es an Plätzen für psychisch kranke, ältere Personen in Heimen der Langzeitpflege. Es braucht ein faires Abgeltungssystem, das die zusätzlichen Aufwendungen deckt.

Weil die Gerontopsychiatrie eine Zwischenform der Langzeitpflege und Psychiatrie ist, ist eine Kostenbeteiligung des Kantons denkbar.